

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa.
Bernauer Str. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherlei bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Riesa 1928.
Bernauer Str. 22.

Nr. 9.

Mittwoch, 11. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzeln für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 22 mm breite, 5 mm hohe Zeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Interkalationsbeilage Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger, oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der polnische Nationalheld.

Die Zeitungen aller Länder sind heute voll von Nachrichten über die Unnahsichtigkeit des Herrn Pilsudski, über den zunehmenden sich immer mehr verhärtenden Willen der überwindlichen Mehrheit des litauischen Volkes, die Verhandlungen mit Polen nur dann zu eröffnen, wenn das Kernproblem der Gegenläufigkeit selbst endgültig beseitigt ist. Die Häufigkeit dieser Meldungen und das Bedrohliche, das in ihnen lag, sorgte ein großes Teil dafür, daß die wenigen Sympathien, deren sich Herr Pilsudski noch erfreuen durfte, immer mehr zum Schwanden kamen, sorgte dafür, daß man heute in Deutschland und schließlich auch im Ausland davon überzeugt ist, daß das polnisch-litauische Problem nicht gelöst werden kann, einfach weil Pilsudski dieses nicht will. Ist diese Folgerung, die die Weltöffentlichkeit aus den Ereignissen der letzten Wochen zieht, richtig? Diese Frage ist kaum zu beantworten. Festzustellen ist lediglich die Tatsache, daß von den beiden veranwortlichen Kämpfern im polnisch-litauischen Streit Pilsudski entschieden der geschicktere, der diplomatischere, der taktischere von beiden ist. Pilsudski ist in den letzten Wochen merklich schweigsamer geworden. Er verzichtet auf Drohungen, er verzichtet auch darauf, irgend etwas zu enthüllen, was man als die wahren und großen Ziele der polnischen Politik ansprechen könnte. Seine Zurückhaltung dem polnisch-litauischen Problem gegenüber bedingt auch die Zurückhaltung der Weltöffentlichkeit seiner Politik, seinen wahren Absichten gegenüber. Eben, weil man nicht weiß, was er denkt, was er im Schilde führt, wie er den Streitfall zu entscheiden gedenkt. Ueber die Aktivität Pilsudskis ist es also recht still geworden, aber die ungeschickten Reden, Auslassungen, Behauptungen seines Gegners Pilsudski sind so laut. Das ergibt vielleicht ein falsches Bild der wahren Sachlage. Es wird entschieden richtiger in seine Konturen zurückzuführen, wenn man das Charakterbild Pilsudskis etwas genauer, deutlicher und farbenreicher herausarbeiten würde.

Wer sich das Ergebnis der letzten Genfer Tagung vor Augen führt, dem ist die Schwäche und die Unhaltbarkeit der polnischen Lage im Osten nichts Rätselhaftes mehr. Trotz des Krieges, trotz der Presse, der Hilfe Pilsudskis nach dem Osten, der Organisation von Banden und Freischärgen im Grenzgebiet, hat keiner der in Genf anwesenden Politiker und Diplomaten sich getraut, den gordischen Knoten im Osten zu zerhacken. Man hat die Lösung der polnisch-litauischen Frage verweigert, mit anderen Worten gesagt, man hat den mit Sicherheit einmal ausbrechenden Konflikt noch einmal hinausgeschoben. Eine echte Völkerbundslösung. Sie erlaubt nicht nur, daß jeder der beiden Hauptkontrahenten, Pilsudski und Pilsudski, mit der Befriedigung des „Erfolges“ nach Hause zurückkehren, sondern auch, daß die Konferenzteilnehmer auf eine „erfolgreiche Tagung“ zurückblicken können. Das ist die Lösung, die die hochgespannten polnischen Kräfte, die die weiß-rote Fahne schon über Rom und Mexiko, nicht erfüllt, so liegt sie letzten Endes doch in der politischen Linie des polnischen Marschalls. Pilsudski war und bleibt ein chauvinistischer, national-revolutionärer Pole. Was er in Krakau einen hohen österrösischen Orden trug, oder in Warschau das Eisenerz-Kreuz anlegte, mag er mit österrösischen oder deutschen Diplomaten konferieren und Verträge schließen, so tut er dies alles doch als polnischer Nationalrevolutionär, der nicht aufrichtig Freundschaft und Verständigung sucht, sondern jede Selbsteigenschaft erregt, die zu einer Stärkung Polens führen kann, den Gegner aber einschüffeln und letzten Endes schwächen muß. Pilsudski ist auch nicht der einfache Soldat, der sympathische Marschall, er ist nicht Soldat mit Leib und Seele, er ist ein erfolgreicher Revolutionär. Er läßt Paderewski mit Witauen Frieden schließen und schließt gleichzeitig Pilsudski, um Witua zu belegen. Nach seinem Mißerfolg im Osten tritt er von der offenen Bühne ab, arbeitet aber heimlich bis zu jener Stunde, in der er wiederum als Revolutionär mit seinen Betreibern die Weltbrücke überschreitet und eine Regierung führt. Als Diktator vergißt er seine revolutionäre Erfahrung nicht. Um in Ruhe zu regieren, schafft er sich alles ihm Unbequeme kurzerhand vom Hals. Organisierte er vor Jahrzehnten mit seinen beiden heimliche Attentate auf russische Persönlichkeiten, die ihn bei seiner Tätigkeit hinderten, so vermag er heute den ihm hinderlichen Sejm, mocht durch Verhandlungen unbehagliche Personen mundtot, oder läßt sie einfach verschwinden, wie die Affäre des Generals Jagorcki beweist. Auch dieser war eine peinliche Erinnerung an Pilsudskis Vorleben. Ein polnischer Nationalist, früher österrösischer Generalstabsoffizier, in dessen Händen lag aus der Zeit von Pilsudskis revolutionärer Tätigkeit manches Dokument befindet, dessen Enthüllung dem Diktator und seinen Plänen unangenehm gewesen wäre. Jagorcki wird gefangen genommen. Dann verschwand er. Verboten, verschwinden lassen — ein Symbol für die Tätigkeit des polnischen Nationalhelden.

So das Bild Pilsudskis, des Gegners des Herrn Pilsudski. So das Bild des polnischen Staatslenkers, der in der letzten Zeit etwas schweigsamer geworden ist. Und dessen Schwelgsamkeit die Weltöffentlichkeit zu dem Glauben berechtigt, daß er, Pilsudski, auf die Möglichkeiten einer alle Teile befriedigenden Lösung keine. Ein sehr gefährlicher Glaube, ein sehr trügerischer Glaube. Kann wirklich aus dem Nationalrevolutionär Pilsudski über Nacht der Friedensengel des polnisch-litauischen Streites werden? Schwer anzunehmen. Man wäge sich ab: auf der einen Seite Herr Pilsudski, den man kennt und der aus seinem Verlangen keine Würdegrube macht, auf der anderen Seite Pilsudski, den man nicht kennt und dessen man nicht weiß, wenn er

Der Kampf um das Reichsschulgesetz geht weiter.

Die Reichstagsausschüsse nehmen ihre Arbeiten wieder auf.

Berlin. Beim Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten im Reichstag steht im Vordergrund des politischen Interesses der Kampf um das Reichsschulgesetz, der eigentlich im wesentlichen ein Kampf zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei ist, weil, wenn die zwischen diesen beiden Regierungsparteien noch bestehenden Meinungs-differenzen ausgeräumt sein werden, die geschlossene Mehrheit der Regierungsparteien das Schulgesetz gegen jede Opposition im Reichstag verabschieden könnte.

Bereits am Dienstag nahm denn auch der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Grafen v. Helldorf (Zent.) seine Besprechungen über das Schulgesetz wieder auf. Die bedeutungsvollen diese Verhandlungen sind, ergibt sich daraus, daß an ihnen auch Reichsinnenminister Dr. v. Kuebel sowie als Vertreter des Reichsfinanzamts der Staatssekretär Pänder teilnahmen. Außerdem waren noch vier weitere Deputierten des Innenministeriums erschienen. Die Regierungsparteien hatten außer dem Grafen Helldorf noch die deutschen nationalen Abgeordneten D. Mumm und Schulze-Frankfurt, ferner die Volksparteiler Dr. Scholz, Dr. Kunkel und Frau Dr. Mag. den Führer der Bayerischen Volkspartei Peltz und dessen Fraktionskollegin Frau Lang-Brumann, sowie schließlich die Zentrumspolitiker v. Gumbard, Dr. Schreiber und Heilmann in das Beratungszimmer entsandt. Man sieht schon aus dieser Aufzählung, die die Parteiführer und die Sachverständigen für das Schulgesetz gewählt hat, wie wichtig die Einigung über das Reichsschulgesetz für die Regierungskoalition im Reich ist.

Die Besprechungen waren ebenso lebhaft wie lang andauernd. Man beschäftigte sich mit einer neuen Formulierung der geistlichen Schulaufsicht, die der Deutschen Volkspartei die Zustimmung ermöglichen könnte. Das ist tatsächlich der Kernpunkt bei diesen Beratungen, während die

Frage der Kostenbedeckung, gewiß kein minder wichtiger Punkt, erst heute Mittwoch auf die Tagesordnung gestellt werden soll. Erst in den späten Abendstunden verlagte sich der interfraktionelle Ausschuss, und es steht fest, daß der Ausgang der Verhandlungen noch keineswegs geklärt ist. Die Fraktionen selbst haben ja noch Stellung zu nehmen, wobei es sich dann auch noch um einige andere Punkte des Reichsschulgesetzes handeln wird. Im Augenblick kann man die Aussichten für diese Vorlage weder optimistisch noch pessimistisch klagieren. Das Schicksal des Reichsschulgesetzes und der damit in Verbindung stehenden anderen politischen Fragen ist noch völlig ungeklärt. Bis heute sollen die einzelnen Regierungsparteien ihre formalen Vorschläge machen, um evtl. eine Beschlußfassung zu ermöglichen. Vielleicht wird heute schon eine Entscheidung über die geistliche Schulaufsicht und die Simultanschule fallen.

Dabei darf man nicht übersehen, daß namentlich das Zentrum noch weitere Wünsche für diesen Reichstag hat. Er soll die Arbeiterschulgesetzgebung fördern, ebenso Wohnungsbau und Wieterschutz klären, das Schulschuldenabgesetz und die Rentnerversorgung erleichtern, das Pensionsgesetz für politische Beamte bearbeiten und — last not least — die Abfindung der Standesherren regeln.

Die „Germania“ bemerkt zur letzten Frage: „Der wird der Reichstag eindeutig zu beweisen haben, ob er Verantwortungsfühl genug besitzt, um die übertriebenen Ansprüche der Standesherren entschlossen zurückzuweisen“. Und weiter mahnt das Zentrum: „Das Arbeitsprogramm des Reichstags für die kommende Zeit enthält schwierige und ernste Fragen, die Bändeloff genaug bieten und dazu führen können, daß die Lebensdauer des Parlaments verkürzt wird.“ — Das Zentrum hat nun mal die ausschlaggebende Stimme.

Die Verhandlungen der Genfer Sicherheitsreferenten.

Genf. Im Völkerbundsekretariat finden gegenwärtig mit den vom Sicherheitsrat ernannten Berichterstattern eingehende Verhandlungen statt, die der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms für die bevorstehende Tagung des Sicherheitsrates dienen. Die Verhandlungen werden am 28. Januar in Prag mit dem Vorsitzenden des Sicherheitsrates, dem Baron von Dönniges, der polnischen und der Abrikungabteilung des Völkerbundsekretariats weiter fortgesetzt werden. Von den drei Berichterstattern bearbeitet Politz-Griechenland die Sicherheitsfrage, Politz-Finnland die Schiedsgerichtsfrage und Kuebel-Dänemark die Artikel 10, 11 und 16 des Völkerbundesstatuts. Bisher liegen als Grundlage der Arbeiten außer den bisherigen Beschlüssen und Ausarbeitungen lediglich ein Konventionstextur der schwedischen und ein Entwurf der norwegischen Regierung vor. Der schwedische Entwurf stellt eine fast wörtliche Kopie an die einzelnen Bestimmungen des Locarno-Paktes dar, und steht den Abschlüssen genereller Sicherheitsverträge vor. Außer diesen beiden Entwürfen sind noch ferneiter Vorschläge der einzelnen Staaten eingegangen, so daß erst im Laufe der Tagung des Sicherheitsrates mit der Bekanntgabe der Stellung der einzelnen Regierungen zu rechnen ist. Erfahrungsgemäß muß den gegenwärtigen, einleitenden

Vorverhandlungen sehr große Bedeutung beigegeben werden. Die Ausarbeitungen des Völkerbundsekretariats haben bisher stets nicht nur den Ausgangspunkt aller weiteren Verhandlungen gebildet, sondern sie bedeuten auch wie bisher stets eine Grundlegung der einzuschließenden Taktik, die dann in den Verhandlungen der Kommission weiter fortgeführt wird. Aus diesem Grunde werden vom deutschen Standpunkt aus die bis zum 20. Februar laufenden Vorarbeiten sorgfältig verfolgt werden müssen. Die allgemeine Tendenz der gegenwärtigen Beratungen dürfte in dem Abschlus regionaler oder genereller Sicherheits- und Vergleichsverträge liegen. In der praktischen Auswirkung würden insbesondere die regionalen Sicherheitsverträge, die auf allgemeinen Vorschlag des Sicherheitsrates und sofort dem Völkerbund des Völkerbundes zur Annahme vorgelegt werden würden, in Linie Stabilisierung des gegenwärtigen Status und die endgültige Festlegung der im Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen Europas bedeuten. Dem weitgehenden französischen Einfluß, der sich jetzt bereits im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten geltend gemacht hat, wird von deutscher Seite wohl erst während der Tagung der deutsche Standpunkt entgegengebracht werden können. Eine Ernennung des Vertreters der deutschen Regierung im Sicherheitsrat ist bisher noch nicht erfolgt.

auch Schweigen kann. Ob diese beiden Männer den wirklich wahrhaften Frieden bringen können? Da man das nicht glauben kann, so wird man wohl eher über die Herren des Völkerbundesrates wieder an ihre Pflicht gemahnen müssen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau. (Kunstsprache.) Fast die gesamte polnische Presse veröffentlicht folgende inspirierte Nachricht: Am 12. d. M. fährt nach den Feiertagsferien die deutsche Abordnung für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nach Warschau zurück. Wie schon vor den Feiertagen in Unterredungen zwischen den beiden Delegierten Minister Dermes und Minister von Twardowski feststellte wurde, legt man auf beiden Seiten das Hauptgewicht auf den Abschluß eines sogenannten kleinen Handelsvertrages. Sofern ein solcher Vertrag zustandekommen sollte, kann man erwarten, daß sowohl die deutschen Wünsche betr. Rohabhebung als auch die polnischen Wünsche in Sachen der Ausfuhr polnischer Rohstoffe, Vorkennvieh und anderer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland in zufriedenstellender Weise berücksichtigt werden. Was die Frage der Zolltarifierung betrifft, so muß unterstrichen werden, daß es sich nach Stabilisierung der polnischen Währung nur um die Umrechnung der polnischen Zolltarife in die neue Valuta handelt. In dieser Hinsicht wird den deutschen Unterhändlern Klärung gegeben werden, die die Entwicklung und Förderung der Diskussion innerhalb beider Delegationen über Zollermäßigungen gestattet.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Berlin. Aus der Uebersicht des Generalagenten für die Reparationszahlungen, die gestern veröffentlicht wurde, geht hervor, daß sich der gesamte Transfer im Monat Dezember 1927 auf 130,7 Millionen und in der Zeit vom September bis Dezember 1927 einschließlich auf 521,7 Millionen belief. In diesen Summen sind an Darlehenleistungen 28,8 (27,4) und an Sachleistungen 101,9 (104,3) Millionen enthalten. Von den Raten erhielt Frankreich 70,5 (74,8), England 25,9 (28,6), Italien 7,5 (8,1) und Belgien 7,8 (8,1) Millionen. Der Restbestand betrug am 31. Dezember 1927 rund 140,8 Millionen.

Vor neuen Besprechungen in der Schwerindustrie.

Berlin. (Telunion.) Amtlich wird mitgeteilt: Bei der Durchführung des Schiedspruchs für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie sind in einzelnen Betrieben Schwierigkeiten aufgetreten. In deren Behebung fand im Reichsarbeitsministerium am 10. Januar eine Besprechung zwischen den Vertretern der Industrie und den Gewerkschaften statt. Die Parteien kamen dahin überein, die Besprechungen am nächsten Freitag in Essen unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums und des Schlichters für den Bezirk Rheinland in einer kleinen Kommission fortzusetzen.